

Antrag

der Abg. Dr. Timm Kern und Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Bürokratieabbau an Schulen in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

- I. zu berichten,
1. inwiefern sie über ein bestehendes Konzept verfügt, das das Thema Bürokratieabbau an Schulen in Baden-Württemberg behandelt;
2. welche Organisationseinheiten im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit dem Thema Bürokratieabbau betraut sind (bitte unter Darstellung der Aufgaben, die die jeweiligen Stellen im Hinblick auf Entbürokratisierung an Schulen bearbeiten);
3. ob ihr bekannt ist, dass Schulen durch übermäßigen (landesseitig staatlichen) E-Mail-Verkehr belastet werden, da diese nicht an den konkret zu adressierenden Personenkreis (bspw. Lehrkräfte einer bestimmten Schulart), sondern gleich an alle möglichen Adressaten (bspw. alle Lehrkräfte aller Schularten) versandt werden (bitte bei Bejahung darauf eingehen, weshalb dies der Fall ist und weshalb das Problem ggf. nach wie vor besteht);
4. inwiefern sie der Auffassung ist, dass die Softwares ASD-BW (Amtliche Schuldaten Baden-Württemberg) und ASV-BW (Amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg) besonders benutzerunfreundlich sind (bitte bei der Begründung darauf eingehen, wann und auf welche Weise beide genannten Softwares zuletzt evaluiert wurden);
5. inwiefern sie der Auffassung ist, dass medizinische Belange, wie u. a. Gefährdungsbeurteilungen für Schwangere, Beantwortungen von Fragebögen für Ärzte, Überprüfungen der Medikation bspw. von Schülerinnen und Schülern mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung), Infektionsschutzbelehrungen für Beschäftigte und erneute Masernabfragen bei der Anmeldung an der Grundschule – obgleich diese bereits zuvor an den Kindertagesstätten erhoben wurden –, angesichts des schlechten Versorgungsgrads an Schulen, einem gravierenden Lehrkräftemangel, immer mehr unbesetzten Schulleitungsstellen und überforderten Schulleiterinnen und Schulleitern sowie einer rasant steigenden Zahl von Unterrichtsausfällen, in die Zuständigkeit der Schulen fallen sollten;
6. inwiefern sie die Auffassung teilt, dass die Ausarbeitung von Medienentwicklungsplänen und Medienthemenplänen einen enormen Zeitaufwand erfordert (bitte darauf eingehen, ob sie die Notwendigkeit bzw. Möglichkeiten sieht, diesen Zeitaufwand zu reduzieren);
7. inwiefern aus ihrer Sicht Aufgaben im Sicherheitsbereich, wie dem Führen von Gefahrstoffverzeichnissen, der Überwachung der jährlichen Tafel-, Elektrogeräte-, Turngeräteprüfung, dem Erstellen, Überprüfen und Aktualisieren von Betriebsanweisungen für Versuche und Maschinen, die jährliche Belehrung der Lehrkräfte zum Arbeitsschutz (bspw. die Einweisung in die Handhabung von Leitern und Tritten etc.), Einweisungen in den Brandschutz und anderer Sicherheitsregularien, Begehungen, u.a. mit Kostenträgern, der Unfallkasse, dem Arbeitsschutz und der Feuerwehr, der Erstellung von Schul- und Radwegeplänen sowie Flucht und Rettungsplänen, unbedingt vom Lehr- oder Schulleitungspersonal übernommen oder nicht auch von anderen Personen, die nicht pädagogisch tätig sind, übernommen werden könnten;

8. ob und wenn ja, auf welche Weise sie im Erstellen und in der Pflege des Schulportfolios, bei der Bearbeitung statistischer Abfragen sowie in der Bearbeitung von wöchentlichen Online-Formular-Tool-Umfragen (OFT-Umfragen) zeitraubende Faktoren für Schulleitungen und Lehrpersonal sieht;
9. inwiefern sie der Auffassung ist, dass das Anfertigen und Bearbeiten von Berichten wie dienstliche Beurteilungen sowie pädagogische Berichte für das Jugendamt und für das zweistufige Verfahren zur sonderpädagogischen Überprüfung, dazu das Führen zahlreicher Dienstbesprechungen bspw. mit dem Schulamt, dem Schulträger, Fördervereinen – die sich stellenweise inhaltlich sogar doppeln –, schulinterne Fortbildungen für Lehrkräfte, pädagogisches Assistenzpersonal sowie für Schülerinnen und Schüler – inklusive der zahlreichen Absprachen im Vorfeld und im Nachgang – für Schulleitungen und das betroffene Lehrpersonal sehr viel Zeit in Anspruch nehmen;
10. ob und wenn ja, in welchem Ausmaß sie bzgl. der etlichen Hürden beim Datenschutz, wie das Einholen und Archivieren der Datenschutzeinwilligung bei Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Kolleginnen und Kollegen, dazu dem Anlegen von Verzeichnissen zum Datenschutz und das Erteilen von Auskünften über Daten bürokratische Hürden für Schulleitungen und Lehrkräfte erkennt;
11. inwiefern sie der Auffassung ist, dass die Verteilung der folgenden Aufgaben auf Schulleitungen und Lehrkräfte bestmöglich umgesetzt sind: Verwaltung und Vertragswesen für Dienstgeräte sowie Überprüfung des Einsatzes von Privatgeräten von Lehrkräften an den Schulen;
12. wie sie die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren hinsichtlich schulfreundlicherer Terminierungen der Abschlussprüfungstermine, der Abschaffung der Regel, dass Schulleiterinnen und Schulleiter bspw. Prüfungen persönlich von den Staatlichen Schulämtern abholen müssen sowie der Einführung eines Unterrichtsendes ab dem Beginn der mündlichen Prüfungen an Realschulen bewertet;
13. inwiefern eine Abschaffung der Gleichwertigen Feststellungen von Schülerleistungen (GFS), Projektarbeiten im M-Niveau an Realschulen, der schriftlichen Prüfungen in den Wahlpflichtfächern bzw. die Neugestaltung oder der Wegfall der sogenannten Kompetenzanalyse Profil AC mit Entlastungen für das pädagogische Personal einhergehen (bitte bei der Begründung darauf eingehen, inwiefern man Lehrkräfte der verschiedenen betroffenen Schularten hierzu befragt hat oder noch zu befragen gedenkt);
14. inwiefern sie bzgl. der Fragen 3-13 Optimierungsbedarf sieht und diesen zeitnah umzusetzen gedenkt (bitte bei der Begründung darauf eingehen, welche Optimierungsmaßnahmen zum Bürokratieabbau wann umgesetzt werden sollen und inwiefern die entsprechenden Regelungen im Landesrecht begründet sind);
15. inwiefern sie an Schulen auch die Einstellung von Verwaltungs- und anderweitige Assistenten als adäquate und wirksame Bürokratieabbaumaßnahme ansieht (bei Bejahung bitte darauf eingehen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie diese Einstellung unterstützt).

II. zu beschließen:

eine Task Force im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport einzurichten, welche regelmäßig die Organisations- bzw. Verwaltungsabläufe in den Schulen auf ihre Effizienz, Zweckmäßigkeit und ihren Grad an Bürokratisierung untersucht und konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau bei schulischen Abläufen vorschlägt.

30.03.2023

Dr. Kern, Dr. Schweickert, Trauschel, Birnstock, Dr. Rülke, Haußmann, Goll, Weinmann, Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Reith, Scheerer FDP/DVP

Begründung

Bürokratie sorgt u.a. für Gerechtigkeit. Somit ist Bürokratie auch ein hohes Gut der Verlässlichkeit. Doch wenn ein Übermaß an Bürokratie effiziente Abläufe ver- oder behindert und deren Aufwand nicht mehr im

Verhältnis zum Nutzen steht, liegt Überbürokratisierung vor. Dies ist insbesondere der Fall, wenn überzogene Handlungsweisen, Vorschriften und deren Erfüllung über der jeweiligen Aufgabe und dem Ziel stehen und dabei unnötige, überzogene oder alltagsfremde Anforderungen gestellt werden.

Aufgrund der derzeitigen Personallage an Schulen in Baden-Württemberg und der zunehmenden zeitlichen Überforderung von Schulleitungen und Lehrkräften mit nichtpädagogischen Aufgaben müssen schulbetriebliche Abläufe in den Fokus gerückt und auf ihren Effizienz- und Bürokratisierungsgrad hin genauer untersucht werden. Schon vor der Corona-Pandemie war der Grad an Bürokratisierung im Schulbetrieb enorm hoch und die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gegeben. Doch mit der Corona-Pandemie hat sich dies noch dramatisch verschärft. Anstatt weniger bräuchten Schulleitungen und Lehrkräfte mehr Zeit für pädagogische Aufgaben. Dieser Antrag behandelt deshalb das Thema Bürokratieabbau an Schulen und möchte den Stand zu etwaigen Konzepten und Maßnahmen hierzu genauer erfragen.